

**Vertrag über die
Systemdienstleistung Schwarzstartfähigkeit
der Anlage [...]
gemäß § 12h Abs. 1 S. 1 Nr. 5, Abs. 5 EnWG**

zwischen

xxx

xxx

xxx

- nachfolgend **Anlagenbetreiber** genannt -

und

TransnetBW GmbH

Pariser Platz

Osloer Straße 15-17

70173 Stuttgart

- nachfolgend **ÜNB** genannt

- nachfolgend einzeln oder zusammen auch **Vertragspartner** genannt –

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Präambel	3
§ 2	Vertragsgegenstand	3
§ 3	Begriffe und Definitionen	3
§ 4	Vorhaltung und Erbringung der Dienstleistung	4
§ 5	Schwarzfallfeste Sprach- und Datenkommunikation	7
§ 6	Verfügbarkeit	8
§ 7	Überprüfung der Schwarzstartfähigkeit und Inselbetriebsfähigkeit	10
§ 8	Betriebsversuche	11
§ 9	Schulung und Training des Betriebspersonals	12
§ 10	Informationsaustausch	12
§ 11	Vergütung und Abrechnung	13
§ 12	Vergütungskürzungen	15
§ 13	Vertragsstrafen	15
§ 14	Sicherheitsleistung und Mindestrating	16
§ 15	Höhere Gewalt	18
§ 16	Haftung	18
§ 17	Vertragslaufzeit	19
§ 18	Vertraulichkeit und Datenschutz	19
§ 19	Änderungsrecht	20
§ 20	Salvatorische Klausel	20
§ 21	Schriftformklausel	20
§ 22	Gerichtsstand	21
§ 23	Vertragsbestandteile	21

§ 1 Präambel

Gemäß der Verordnung (EU) 2017/2196 der Kommission vom 24. November 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über den Notzustand und den Netzwiederaufbau des Übertragungsnetzes hält der regelzonenverantwortliche Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) Netzwiederaufbaupläne vor, um den Netzwiederaufbau unabhängig mittels einer Bottom-Up-Strategie durchführen zu können. Um im Falle eines Not- oder Blackout-Zustands einen effizienten und raschen Netzwiederaufbau zu ermöglichen, werden entsprechende Anlagen benötigt, die Teile des Übertragungsnetzes ohne externe Spannungsversorgung eigenständig unter Spannung setzen und für den Netzwiederaufbau erforderliche Leistung abgeben können.

Die Bundesnetzagentur hat mit Beschluss vom 20.05.2020 (BK6-18-249) gemäß Art. 4 Abs. 2 lit. b) der Verordnung (EU) 2017/2196 die „Modalitäten für Anbieter von Systemdienstleistungen zum Netzwiederaufbau“ (im Folgenden „vertragliche Modalitäten“ genannt) genehmigt. Wenn und soweit für die Zwecke des vorliegenden Vertrages relevant, sind Bestimmungen aus den vertraglichen Modalitäten in diesen Vertrag übernommen worden, die Übernahme erfolgte abschließend. Hierbei wurden einzelne Anforderungen der vertraglichen Modalitäten konkretisiert.

Gemäß § 12h EnWG und der Festlegung der Bundesnetzagentur BK6-21-023 vom 13.01.2023 hat der ÜNB für die nicht frequenzgebundene Systemdienstleistung „Schwarzstartfähigkeit“ eine transparente, diskriminierungsfreie und marktgestützte Beschaffung für die Beschaffungsregion TransnetBW Ost durchgeführt. Dies umfasst gemäß § 3 Abs. 2 der Festlegung BK6-18-249 auch die „Inselbetriebsfähigkeit“. Im Rahmen dieser Beschaffung hat die Anlage [...] des Anlagenbetreibers einen Zuschlag erhalten.

§ 2 Vertragsgegenstand

Dieser Vertrag regelt die Vorhaltung und Erbringung sowie die Vergütung der Systemdienstleistung Schwarzstartfähigkeit und der damit zusammenhängenden Inselbetriebsfähigkeit sowie die entsprechenden technischen und organisatorischen Anforderungen hierfür in Bezug auf die Schwarzstartanlage. Weiterhin regelt der Vertrag [sofern § 4 Abs. (8) bis (11) für diesen Vertrag Anwendung finden] die Vorhaltung von Primärenergie für den Netzwiederaufbau durch den Anlagenbetreiber,] die Überprüfung der Schwarzstartfähigkeit und Inselbetriebsfähigkeit sowie die Durchführung von Betriebsversuchen.

§ 3 Begriffe und Definitionen

Ergänzend zu den Definitionen der Festlegungen BK6-18-249 und BK6-21-023 gelten für diesen Vertrag folgende Definitionen:

- Der Anlagenbetreiber ist Anbieter von Systemdienstleistungen zum Netzwiederaufbau gemäß BK6-18-249 und Anbieter der Systemdienstleistung Schwarzstartfähigkeit gemäß BK6-21-023.
- Schwarzstartanlage meint die in Anhang 1 Ziffer 1.1 aufgeführten Einheiten der Anlage [...] am Standort [...] gemäß Spezifikation nach Anhang 1.

- Für den Fall, dass es sich bei der vertragsgegenständlichen Schwarzstartanlage um eine oder mehrere Batterie(n) handelt, ist im Vertrag mit dem Begriff „Primärenergie“ in der bzw. in den Batterie(n) gespeicherte elektrische Energie gemeint. Vergleichbares gilt für andere Speichertechnologien in Bezug auf die jeweils verwendeten Speichermedien.
- Vertragsjahr meint jeweils 12 Monate des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2), beginnend mit dem Beginn des Erbringungszeitraums.
- [Nur falls ÜNB nicht (alleiniger) Anschlussnetzbetreiber der Schwarzstartanlage für die Einspeisung ist] [...] wird im Folgenden als Anschlussnetzbetreiber bezeichnet.
- Strommarkt meint die Gesamtheit der Märkte und sonstigen Vertriebswege, über die der Anlagenbetreiber die Leistung oder die Arbeit der Schwarzstartanlage veräußern kann.

§ 4 Vorhaltung und Erbringung der Dienstleistung

- (1) Der Anlagenbetreiber verpflichtet sich, während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) die für die Erbringung der Systemdienstleistung Schwarzstartfähigkeit einschließlich der damit zusammenhängenden Inselbetriebsfähigkeit gemäß den Regelungen dieses Vertrages notwendige Funktionsfähigkeit der Schwarzstartanlage vorzuhalten. Diese Verpflichtung umfasst unter anderem die Durchführung erforderlicher Wartungen und Instandhaltungen der Schwarzstartanlage sowie die Bereithaltung des für die Erbringung der Systemdienstleistung erforderlichen Personals.
- (2) Der Anlagenbetreiber verpflichtet sich, während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) die vertragsgegenständliche Leistung weder gesamthaft noch in Teilen gegenüber einem Dritten zu vermarkten. Mit Ausnahme der Zeiten, in denen Überprüfungen der Schwarzstartfähigkeit und Inselbetriebsfähigkeit nach § 7 und / oder Betriebsversuche nach § 8 stattfinden, bleibt es zulässig, mit der Schwarzstartanlage am Strommarkt teilzunehmen, soweit und solange dies die vertragsgegenständliche Leistung nicht einschränkt.
- (3) Die wesentlichen technischen Anforderungen an die Schwarzstartanlage gehen aus diesem Vertrag (insbesondere Anhang 1) hervor. Der Anlagenbetreiber hat die im Rahmen des diesem Vertrag vorangegangenen Beschaffungsverfahrens geforderten sowie durch ihn angegebenen technischen Eigenschaften während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) zu erfüllen.
- (4) Im Falle eines Netzwiederaufbaus verpflichtet sich der Anlagenbetreiber während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2), die Schwarzstartanlage gemäß den Anforderungen des ÜNB und den Regelungen dieses Vertrages für den Netzwiederaufbau einzusetzen.
- (5) Der ÜNB achtet im Rahmen der Durchführung des Netzwiederaufbaus gemäß Abs. (4) bzw. im Rahmen der Durchführung von Betriebsversuchen gemäß § 8 in Abstimmung mit dem [falls ÜNB nicht (alleiniger) Anschlussnetzbetreiber der Schwarzstartanlage für die Einspeisung ist: Anschlussnetzbetreiber und dem] Anlagenbetreiber jederzeit auf die Einhaltung der technischen Betriebsgrenzen der Schwarzstartanlage gemäß Anhang 1, soweit dies im Einflussbereich des ÜNB liegt.

Der Anlagenbetreiber informiert den ÜNB unverzüglich, sofern sich während der Vertragslaufzeit die technischen Betriebsgrenzen der Schwarzstartanlage ändern und teilt diese dem ÜNB mit. Dabei sind die im Rahmen des diesem Vertrag vorangegangenen Beschaffungsverfahrens geforderten sowie durch den Anlagenbetreiber angegebenen technischen Eigenschaften auch bei etwaigen Änderungen einzuhalten.

- (6) Während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) muss die Bereitschaft zur Zuschaltung der Schwarzstartanlage auf das Netz („Herstellung der Einsatzbereitschaft“) grundsätzlich innerhalb [x,x, wie im Gebot angegeben] Stunden nach Anforderung durch den ÜNB hergestellt sein.
- (7) Während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) muss der Anlagenbetreiber nach Herstellung der Einsatzbereitschaft gem. Abs. (6) während einer Zeitdauer in Höhe von [X, wie im Gebot angegeben] Stunden in der Lage sein, mit der Schwarzstartanlage die in den technischen Anschlussrichtlinien (VDE-AR-N 4120 „TAR Hochspannung“ bzw. 4130 „TAR Höchstspannung“ unter Berücksichtigung der Regelungen zum Bestandsschutz), in diesem Vertrag sowie in Anhang 1 definierten Betriebsvorgänge durchzuführen. Nach Vertragsschluss tauschen sich Anlagenbetreiber und ÜNB [falls ÜNB nicht (alleiniger) Anschlussnetzbetreiber der Schwarzstartanlage für die Einspeisung ist, trilateral mit dem Anschlussnetzbetreiber] zeitnah über das Vorgehen im Fall eines Netzwiederaufbaus aus und dokumentieren dies in geeigneter Form. Die Dokumentation wird während der Vertragslaufzeit bei Bedarf angepasst.
- (8) [Absätze (8) bis (11) gelten für Anlagen, die Primärenergie oder Möglichkeiten für einen Brennstoffwechsel samt entsprechender Primärenergie am Standort der Schwarzstartanlage vorhalten, andernfalls gilt Abs. (12)] Für die Leistungsbereitstellung der Schwarzstartanlage in einem Umfang von 290 MWh_{el} (in einem kalkulatorischen Betriebspunkt von 35 MW_{el}) ist durch den Anlagenbetreiber während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) die Bevorratung einer entsprechenden Menge an Primärenergie sicherzustellen. Der nach Satz 1 definierte Umfang der Menge an Primärenergie ist zu erhöhen um die technologie- und / oder anlagenspezifisch ggf. erforderliche Primärenergienmenge zur Gewährleistung der Anforderung aus Abs. (7) Satz 1 und für die einmalige Anfahrt der Schwarzstartanlage bzw. das Unter-Spannung-Setzen des Hochfahrnetzes unmittelbar vor der Leistungseinspeisung.

Zur Erfüllung der Anforderungen nach Sätzen 1 und 2 ist durch den Anlagenbetreiber während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) jederzeit die folgende **Mindestmenge an Primärenergie** zu bevorraten:

[anlagenspezifische Eintragung gemäß der zum Gebot eingereichten Kalkulation in der für die Schwarzstartanlage relevanten Einheit]

Besteht die Schwarzstartanlage gemäß Anhang 1 Ziffer 1.1 aus mehreren Einheiten und greifen diese auf unterschiedliche Primärenergievorräte zu, so ist die Aufteilung der Bevorratung auf unterschiedliche Primärenergievorräte vom Anlagenbetreiber in Abhängigkeit der jeweils aktuellen Verfügbarkeit der einzelnen Einheiten stets so vorzunehmen, dass die Anforderungen nach Sätzen 1 und 2 erfüllt werden können.

Die Verpflichtung zur Bevorratung der Mindestmenge an Primärenergie nach Satz 3 gilt auch, sofern der Anlagenbetreiber während einer Nichtverfügbarkeit gemäß § 6 temporär nicht alle

Pflichten nach diesem Vertrag vollständig erfüllen kann, jedoch weiterhin mit (Teilen) der Schwarzstartanlage am Strommarkt teilnehmen kann, es sei denn, der ÜNB verzichtet hierauf ausdrücklich. Solange die Schwarzstartanlage gemäß § 6 nicht verfügbar ist und währenddessen aufgrund von Nichtverfügbarkeiten der gemäß Anhang 1 Ziffer 1.1 kontrahierten Einheit(en) auch nicht (zumindest mit Teilen der Schwarzstartanlage) am Strommarkt teilnehmen kann, entfällt während dieses Zeitraums die Pflicht zur Bevorratung der Mindestmenge an Primärenergie, ohne dass es einer Erklärung des ÜNB bedarf.

- (9) Der Anlagenbetreiber stellt dem ÜNB während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) über eine zwischen den Vertragspartnern abgestimmte elektronische Schnittstelle kontinuierlich den vorhandenen Vorrat an Primärenergie der Schwarzstartanlage zur Verfügung.
- (10) Unterschreitet die bereitgehaltene Primärenergie während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) die erforderliche Mindestmenge gem. Abs. (8), so ist der ÜNB vom Anlagenbetreiber unverzüglich über Umfang und Dauer der Einschränkung der Primärenergievorhaltung bzw. der Schwarzstartfähigkeit zu informieren.
- (11) Im Falle der Unterschreitung der erforderlichen Mindestmenge gem. Abs. (8) auf Grund einer Einsatzanforderung durch den ÜNB im Rahmen eines Netzwiederaufbaus sorgt der Anlagenbetreiber unverzüglich nach Rückkehr zu den Marktaktivitäten für die Erreichung eines vertragskonformen Zustands der Primärenergievorhaltung und weist dies dem ÜNB nach. Der ÜNB kann auch zu einem früheren Zeitpunkt (vor Rückkehr zu den Marktaktivitäten) das Wiederauffüllen der Primärenergievorräte anweisen.
- (12) [Abs. (12) gilt für Anlagen mit leitungsgebundener Primärenergieversorgung, die weder Primärenergie noch Möglichkeiten für einen Brennstoffwechsel samt entsprechender Primärenergie am Standort der Schwarzstartanlage vorhalten, und für Laufwasserkraftwerke, andernfalls gelten Abs. (8) bis (11)] Für den Betrieb der Schwarzstartanlage ist eine ständige Brennstoff- bzw. Primärenergieversorgung von außen erforderlich, da die Anforderungen aus Abs. (6) und (7) sowie die Leistungsbereitstellung der Schwarzstartanlage durch den Anlagenbetreiber nicht durch die Vorhaltung einer Mindestmenge an Primärenergie bzw. Möglichkeiten für einen Brennstoffwechsel samt entsprechender Primärenergie am Standort der Schwarzstartanlage abgesichert werden. Daher muss der Anlagenbetreiber während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) mittels geeigneter technischer / organisatorischer Vorkehrungen und gesonderter vertraglicher Regelungen die Brennstoff- bzw. Primärenergieversorgung sicherstellen.

Zur Erfüllung der im vorstehenden Satz genannten Anforderung ist der Anlagenbetreiber u. a. verpflichtet, [Im Fall einer Primärenergieversorgung aus dem Gasnetz: (den oder die) Gasnetzbetreiber, von (dem oder denen) im Rahmen des diesem Vertrag vorangegangenen Beschaffungsverfahrens eine Bescheinigung über die Schwarzfallfestigkeit der Gasversorgung beigebracht wurde(n).] [Im Fall einer anderen leitungsgebundenen Primärenergieversorgung als aus dem Gasnetz: zur Belieferung mit Primärenergie erforderliche Vertragspartner] unmittelbar nach Bezuschlagung unter Nennung des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) über die Kontrahierung als Schwarzstartanlage zu informieren und dies ggü. dem ÜNB nachzuweisen. Zusätzlich ist der Anlagenbetreiber u. a. dazu verpflichtet, bis zum Beginn des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) die Schwarzfallfestigkeit einer etwaig vorhandenen

Primärenergieversorgungs-Infrastruktur zwischen [Im Fall einer Primärenergieversorgung aus dem Gasnetz: (dem oder den) Gasnetzbetreiber(n)] [Im Fall einer anderen leitungsgebundenen Primärenergieversorgung als aus dem Gasnetz: (dem oder den) Primärenergielieferant(en)] und dem Standort der Schwarzstartanlage mindestens für 72 Stunden (72 h) sicherzustellen und dies auch während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) aufrechtzuerhalten. [Im Fall einer Primärenergieversorgung aus dem Gasnetz: Dies gilt auch in Bezug auf die Gasübergabestation(en)].

- (13) Der Anlagenbetreiber ist berechtigt, sich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag Dritter zu bedienen.

§ 5 Schwarzfallfeste Sprach- und Datenkommunikation

- (1) Der Anlagenbetreiber stellt die Schwarzfallfestigkeit der anlageninternen Systeme und Komponenten der Sprach- und Datenkommunikationseinrichtungen [falls ÜNB nicht (alleiniger) Anschlussnetzbetreiber der Schwarzstartanlage für die Einspeisung ist und gemäß des bezuschlagten Gebots seitens des Anlagenbetreibers keine direkte Kommunikationsverbindung zwischen ÜNB und der Schwarzstartanlage über terrestrische, kabelgebundene und nicht-öffentliche Kommunikationsinfrastruktur ohne Einbindung Dritter vorgesehen ist] gemeinsam mit dem Anschlussnetzbetreiber] bis zur Schnittstelle zum ÜNB für einen Zeitraum von mindestens 72 Stunden (72 h) sicher.
- (2) Der ÜNB stellt eine Schnittstelle zu seinem Kommunikationsnetz (Betriebstelefonie) mit mindestens gleicher Schwarzfallfestigkeit wie in Abs. (1) bereit. [falls ÜNB alleiniger Anschlussnetzbetreiber der Schwarzstartanlage für die Einspeisung ist Die Schnittstelle findet sich an der Eigentumsgrenze oder direkt auf dem Gelände der Schwarzstartanlage.] [falls ÜNB nicht (alleiniger) Anschlussnetzbetreiber der Schwarzstartanlage für die Einspeisung ist und gemäß des bezuschlagten Gebots seitens des Anlagenbetreibers eine direkte Kommunikationsverbindung zwischen ÜNB und der Schwarzstartanlage über terrestrische, kabelgebundene und nicht-öffentliche Kommunikationsinfrastruktur ohne Einbindung Dritter vorgesehen ist Eine geeignete Schnittstelle an der Eigentumsgrenze des ÜNB wird zwischen den Vertragspartnern vereinbart.]
- (3) Anlagenbetreiber und ÜNB stellen außerdem eine schwarzfallfeste gesicherte redundante Sprachkommunikationsverbindung, z. B. über Satellitentelefonie, bereit.
[Abs. (4) und (5) gelten alternativ zu Abs. (2) und (3), falls ÜNB nicht (alleiniger) Anschlussnetzbetreiber der Schwarzstartanlage für die Einspeisung ist und gemäß des bezuschlagten Gebots seitens des Anlagenbetreibers keine direkte Kommunikationsverbindung zwischen ÜNB und der Schwarzstartanlage über terrestrische, kabelgebundene und nicht-öffentliche Kommunikationsinfrastruktur ohne Einbindung Dritter vorgesehen ist:
- (4) Der Anlagenbetreiber vereinbart mit dem Anschlussnetzbetreiber, dass dieser eine Schnittstelle zu seinem Kommunikationsnetz (Betriebstelefonie) mit mindestens gleicher

Schwarzfallfestigkeit wie in Abs. (1) bereitstellt. Die Schnittstelle findet sich an der Eigentumsgrenze oder direkt auf dem Gelände der Schwarzstartanlage.

- (5) Der Anlagenbetreiber stellt außerdem eine schwarzfallfeste gesicherte redundante Sprachkommunikationsverbindung bereit und vereinbart mit dem Anschlussnetzbetreiber, dass dieser ebenfalls eine schwarzfallfeste gesicherte redundante Sprachkommunikationsverbindung, z. B. über Satellitentelefonie, bereitstellt.]
- (6) Die örtliche und technische Ausgestaltung der Kommunikationsverbindung, der Schnittstellen sowie der Datenumfang werden zwischen ÜNB und Anlagenbetreiber [falls ÜNB nicht (alleiniger) Anschlussnetzbetreiber der Schwarzstartanlage für die Einspeisung ist und gemäß des bezuschlagten Gebots seitens des Anlagenbetreibers keine direkte Kommunikationsverbindung zwischen ÜNB und der Schwarzstartanlage über terrestrische, kabelgebundene und nicht-öffentliche Kommunikationsinfrastruktur ohne Einbindung Dritter vorgesehen ist sowie dem Anschlussnetzbetreiber] vereinbart und dokumentiert.
- (7) Die Anforderungen aus § 5 sind während des Erbringungszeitraums gemäß §17 Abs. (2) zu erfüllen.

§ 6 Verfügbarkeit

- (1) Die Schwarzstartanlage muss während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) eine höchstmögliche Verfügbarkeit aufweisen, um verlässlich zur Störungsbeseitigung zur Verfügung zu stehen. Für jegliche Nichtverfügbarkeiten gemäß Abs. (2) gelten hinsichtlich Vergütungskürzungen die Regelungen in § 12 sowie hinsichtlich Vertragsstrafen die Regelungen in § 13.
- (2) Ist die Schwarzstartanlage nicht uneingeschränkt für die vertraglich vereinbarten Systemdienstleistungen verfügbar, so ist der ÜNB vom Anlagenbetreiber unverzüglich über Umfang und Dauer der Einschränkung der Schwarzstartfähigkeit und / oder Inselbetriebsfähigkeit zu informieren (Kontaktstellen siehe Anhang 6). Als Nichtverfügbarkeit der Anlage gelten alle Zeiträume während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2), in der die Schwarzstartanlage nicht alle im Rahmen dieses Vertrages definierten Anforderungen erfüllt. Dies sind insbesondere:
 - a) die Nichtverfügbarkeiten gemäß vom Anlagenbetreiber übermittelter KWEP-Daten. Die Schwarzstartanlage gilt nur als verfügbar, wenn mindestens die in Anhang 1, Ziffer 1.2 definierten Einheiten verfügbar sind und die Systemdienstleistung Schwarzstartfähigkeit unter Einhaltung aller Anforderungen aus diesem Vertrag erbringen können.
 - b) die Zeiträume der Nichtverfügbarkeit nach Abs. (3).
 - c) Nichtverfügbarkeiten gem. Abs. (4).
 - [lit d) nur, sofern § 4 Abs. (8) bis (11) für diesen Vertrag Anwendung finden]
 - d) die Zeiträume der Nichtverfügbarkeit aufgrund nicht ausreichender Vorhaltung von Primärenergie gemäß § 4 Abs. (8) und § 4 Abs. (10).

Zur Ermittlung der Zeiten der Nichtverfügbarkeit werden alle Zeiträume eines Abrechnungszeitraums (Vertragsjahrs) viertelstundenscharf zusammengefasst. Die Viertelstunde, in der die jeweilige Nichtverfügbarkeit beginnt und endet, wird jeweils als volle Viertelstunde gezählt.

Zeiträume der Nichtverfügbarkeit aufgrund von Überprüfungen der Schwarzstartfähigkeit und Inselbetriebsfähigkeit gemäß § 7 bzw. aufgrund von Betriebsversuchen gemäß § 8 werden bei den Regelungen zu Vergütungskürzungen gemäß § 12 sowie zu Vertragsstrafen gemäß § 13 nicht berücksichtigt.

- (3) Zeiträume zwischen Ereignissen gemäß § 7 Abs. (3) und einer erfolgreichen Überprüfung der Schwarzstartfähigkeit und / oder Inselbetriebsfähigkeit werden als Zeiträume der Nichtverfügbarkeit bewertet. Auch Zeiträume zwischen einem fehlgeschlagenen Betriebsversuch und dem Nachweis der erfolgreichen Nachbesserung durch den Anlagenbetreiber (vgl. § 8 Abs. (4)) werden als Zeiträume der Nichtverfügbarkeit bewertet. Satz 1 und Satz 2 gelten nicht, wenn und soweit sich nach Vorgabe des ÜNB die angemeldete Überprüfung der Schwarzstartfähigkeit und / oder Inselbetriebsfähigkeit bzw. im Fall des § 8 Abs. (4) Satz 3 der Nachweis der erfolgreichen Nachbesserung aufgrund von Vorgaben des ÜNB oder ggf. weiterer beteiligter Partner verzögert.
- (4) Der Anlagenbetreiber zeigt dem ÜNB rechtzeitig Anlagenrevisionen und geplante Nichtverfügbarkeiten an und stimmt diese im Rahmen der jährlichen Freischalt- und Revisionsplanung (Jahresplanung) für die Schwarzstartanlage (bzw. der Anlage [...]) mit dem ÜNB ab. Der ÜNB kann eine Verschiebung einer solchen Maßnahme im Rahmen der Jahresplanung verlangen, wenn dadurch die Funktionstüchtigkeit des Netzwiederaufbauplans gefährdet ist, es sei denn, die Verschiebung ist technisch oder rechtlich unmöglich. Sind unter außergewöhnlichen Umständen Verschiebungen über das Planungsjahr hinaus notwendig, werden diese zwischen Anlagenbetreiber und ÜNB abgestimmt. Die nachgewiesenen Mehrkosten sowie Mindererlöse (entgangener Gewinn) aus vorgenannten Verschiebungen gehen, soweit angemessen, zu Lasten des ÜNB.
- (5) Der ÜNB kann bei Bedarf (bspw. bei Gefährdung der Systemsicherheit) jederzeit die Verschiebung einer geplanten Wartungs- oder Instandhaltungsmaßnahme vom Anlagenbetreiber verlangen, es sei denn, die Verschiebung ist technisch oder rechtlich unmöglich. Die nachgewiesenen Mehrkosten sowie Mindererlöse (entgangener Gewinn) aus einer solchen Verschiebung gehen, soweit angemessen, zu Lasten des ÜNB.
- (6) Der Anlagenbetreiber meldet über den etablierten Kraftwerkseinsatzplanungsprozess (KWEP-Prozess) gemäß den Festlegungen BK6-18-122 und BK6-18-071 der Bundesnetzagentur kontinuierlich die Verfügbarkeit der in Anhang 1, Ziffer 1.1 definierten Einheiten der Schwarzstartanlage.
- (7) Im Falle kurzfristiger ungeplanter Nichtverfügbarkeiten der Schwarzstartanlage informiert der Anlagenbetreiber den ÜNB zusätzlich telefonisch (Kontaktstellen siehe Anhang 6).

[Abs. (8) und (9) nur, sofern § 4 Abs. (8) bis (11) für diesen Vertrag Anwendung finden]

- (8) Der Anlagenbetreiber weist die gemäß § 4 Abs. (8) bereitgehaltene Primärenergie über die Bereitstellung geeigneter (mindestens viertelstundenscharfer) Daten für den

Abrechnungszeitraum nach, sofern dies nicht bereits über die Datenmeldung gemäß § 4 Abs. (9) erfolgt ist.

- (9) In den Fällen der § 4 Abs. (11) Sätze 1 und 2 wird der Zeitraum bis zum Abschluss des Wiederauffüllens der Primärenergievorräte im Falle eines jeweils unverzüglich eingeleiteten Wiederauffüllens nicht als schuldhafte Unterschreitung der Mindestmenge an Primärenergie betrachtet.

§ 7 Überprüfung der Schwarzstartfähigkeit und Inselbetriebsfähigkeit

- (1) Der Anlagenbetreiber weist die Schwarzstartfähigkeit und Inselbetriebsfähigkeit seiner Schwarzstartanlage im gemäß Anhang 3 definierten Umfang mindestens einmal je Vertragsjahr durch eine Überprüfung nach.
- (2) In den drei Monaten vor Beginn des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) findet eine initiale Überprüfung durch den Anlagenbetreiber statt. Der ÜNB kann verlangen, dass die initiale Überprüfung in Abstimmung mit und unter Beteiligung des ÜNB erfolgt. In diesem Fall kann die initiale Überprüfung bis spätestens zum Ablauf des 12. Monats nach Beginn des Erbringungszeitraums erfolgen, falls die jeweilige Situation im Netz, die Belange des Anlagenbetreibers oder weiterer beteiligter Partner dies erfordern. Die reguläre Überprüfung gemäß Abs. (1) kann im ersten Vertragsjahr entfallen.
- (3) Nach jeder Änderung an Anlagenteilen oder Betriebsmitteln, die sich auf die Fähigkeit zur Erbringung von Schwarzstartfähigkeit und / oder Inselbetriebsfähigkeit auswirkt, oder bei einer fehlgeschlagenen Überprüfung der Schwarzstartfähigkeit und / oder Inselbetriebsfähigkeit ist bei der Wiederinbetriebnahme nach der Instandsetzung der Schwarzstartanlage eine zusätzliche Überprüfung der Schwarzstartfähigkeit und / oder Inselbetriebsfähigkeit durchzuführen. Gleiches gilt auch nach einer Stillstandszeit (Dauer ohne Wirk- oder Blindleistungseinspeisung der Schwarzstartanlage) von mehr als drei (3) Monaten.
- (4) Termine für Überprüfungen der Schwarzstartfähigkeit / Inselbetriebsfähigkeit sind dem ÜNB sowie ggf. weiteren betroffenen Netzbetreibern vom Anlagenbetreiber rechtzeitig im Rahmen der jährlichen Freischalt- und Revisionsplanung (Jahresplanung) für die Schwarzstartanlage (bzw. für die Anlage [...]) anzuzeigen und einvernehmlich abzustimmen. Dem ÜNB [falls ÜNB nicht (alleiniger) Anschlussnetzbetreiber der Schwarzstartanlage für die Einspeisung ist und dem Anschlussnetzbetreiber] ist die Beobachtung der Überprüfungen vor Ort zu ermöglichen.
- (5) Der Umfang der Überprüfungen wird vom ÜNB [falls ÜNB nicht (alleiniger) Anschlussnetzbetreiber der Schwarzstartanlage für die Einspeisung ist ggf. gemeinsam mit dem Anschlussnetzbetreiber] in Absprache mit dem Anlagenbetreiber festgelegt und beinhaltet mindestens die gemäß Anhang 3 definierten Punkte.
- (6) Überprüfungen der Schwarzstartfähigkeit / Inselbetriebsfähigkeit sind durch den Anlagenbetreiber zu dokumentieren. Der Umfang der Dokumentation inkl. erforderlicher Messungen von Betriebsgrößen zum Nachweis einzelner Funktionen während des Schwarzstarts sowie zur Verifizierung und Auswertung von Simulationsmodellen und -ergebnissen ist zwischen den Vertragspartnern einvernehmlich festzulegen.

- (7) Die Dokumentation der Überprüfungen ist dem ÜNB unaufgefordert innerhalb von drei (3) Monaten nach der Überprüfung zu übermitteln. Zur Dokumentation werden die Vertragspartner ein geeignetes Format einvernehmlich vereinbaren.

§ 8 Betriebsversuche

- (1) Betriebsversuche stellen erweiterte Überprüfungen der Schwarzstartfähigkeit und / oder der Inselbetriebsfähigkeit sowie von Teilen des Netzwiederaufbauplans dar, in denen Teilnetze unter Spannung gesetzt und ggf. Lasten durch die Schwarzstartanlage versorgt werden. Der Anlagenbetreiber ist während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) verpflichtet, unter Beteiligung seiner Schwarzstartanlage an den Betriebsversuchen mitzuwirken sowie Anforderungen an die Schwarzstartfähigkeit und Inselbetriebsfähigkeit im gemäß Anhang 4 definierten Umfang nachzuweisen.
- (2) Betriebsversuche finden in der Regel alle fünf (5) Jahre statt. Hierfür sind gemäß des am 12.11.2020 von der Bundesnetzagentur genehmigten Testplans (BK6-19-249) insbesondere die jeweilige Situation im Netz sowie die Belange des Anlagenbetreibers und weiterer beteiligter Partner zu berücksichtigen. Dadurch kann es zu einer Anpassung des Prüfumfangs oder einer Verschiebung von Betriebsversuchen kommen und der Zeitraum von fünf Jahren ausgedehnt werden.
- (3) Im ersten Vertragsjahr des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) ist ein initialer Betriebsversuch durchzuführen. Der ÜNB kann den Zeitraum für den initialen Betriebsversuch erweitern, falls bereits in den vergangenen fünf (5) Jahren ein Betriebsversuch mit der Schwarzstartanlage durchgeführt wurde oder die jeweilige Situation im Netz, die Belange der Anlagenbetreiber oder weiterer beteiligter Partner dies erfordern.
- (4) Nach einem fehlgeschlagenen Betriebsversuch muss der Anlagenbetreiber die durch die Schwarzstartanlage nicht erfüllten Anforderungen unverzüglich nachbessern, sofern das Fehlschlagen des Betriebsversuchs (auch) darin begründet ist, dass die Schwarzstartanlage nicht alle im Rahmen dieses Vertrages definierten Anforderungen erfüllt. Der Anlagenbetreiber muss die erfolgreiche Nachbesserung gegenüber dem ÜNB in geeigneter Weise nachweisen. Der ÜNB kann als Nachweis der erfolgreichen Nachbesserung die Durchführung eines erneuten Betriebsversuchs gemäß Anhang 4 oder – sofern als Nachweis ausreichend – einer erneuten Überprüfung der Schwarzstartfähigkeit und Inselbetriebsfähigkeit gemäß Anhang 3 verlangen, sofern der ÜNB berechnigte Gründe dafür darlegt.
- (5) Termine für Betriebsversuche sind zwischen ÜNB, dem Anlagenbetreiber und ggf. weiteren beteiligten Partnern rechtzeitig abzustimmen. Diese Abstimmung erfolgt im Rahmen der regulären Revisionsplanung der Schwarzstartanlage und der Jahresplanung des ÜNB. Dem ÜNB ist die Beobachtung der Betriebsversuche vor Ort zu ermöglichen.
- (6) ÜNB und Anlagenbetreiber erstellen gemeinsam und ggf. in Abstimmung mit allen weiteren beteiligten Partnern einen detaillierten Versuchsplan. Der ÜNB ist berechnigt, den Umfang der Betriebsversuche gemäß Anhang 4 festzulegen.

- (7) Die Betriebsversuche sind durch den ÜNB und Anlagenbetreiber zu dokumentieren. Der Umfang der Dokumentation inkl. erforderlicher Messungen von Betriebsgrößen ist zwischen den Vertragspartnern einvernehmlich festzulegen. Sofern der Anlagenbetreiber dem ÜNB die benötigten Messdaten nicht in einem abgestimmten hochaufgelösten Datenformat zur Verfügung stellen kann, ist dem ÜNB die Messung von Betriebsgrößen der Schwarzstartanlage vor Ort zu ermöglichen. Der Anlagenbetreiber stellt den Zugang und Anschluss für die Messungen in der Schwarzstartanlage bereit. Der ÜNB benötigt die Messdaten als Nachweis einzelner Funktionen während des Betriebsversuchs sowie zur Verifizierung und Auswertung von Simulationsmodellen und -ergebnissen.
- (8) Die Dokumentation wird innerhalb von drei (3) Monaten nach dem Betriebsversuch gegenseitig ausgetauscht. Im Anschluss findet eine Abstimmung über die Ergebnisse statt. Hierbei sollen auch mögliche zukünftige Optimierungspotentiale identifiziert werden.
- (9) Steht ein konkreter Betriebsversuch zur Durchführung an, schließen alle beteiligten Akteure hierzu eine gesonderte Vereinbarung ab. Gegenstand der gesonderten Vereinbarung sind ausschließlich technisch- operative Einzelheiten, bspw. Zeitpunkt und Dauer des Betriebsversuchs, prozessuale Beschreibungen und der Versuchsplan gemäß Abs. (6). Im Übrigen gelten zwischen den Vertragspartnern die hier im Vertrag getroffenen Regelungen, insbesondere zur Vergütung (vgl. hierzu § 11 Abs. (1)) und zur Haftung (vgl. hierzu § 16). Einvernehmlich kann auf die Vereinbarung verzichtet werden.

§ 9 Schulung und Training des Betriebspersonals

- (1) Der Anlagenbetreiber stellt während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) über interne Schulungen, Weiterbildungen und praktisches Training am Arbeitsplatz sicher, dass die Abläufe beim Schwarzstart gemäß Netzwiederaufbauplan und die notwendigen Maßnahmen in der Schwarzstartanlage dem Betriebspersonal bekannt sind und trainiert werden. Einzelne Schulungsinhalte werden dabei durch den ÜNB vermittelt. Eine Übersicht der Schulungsthemen ist in Anhang 5 zusammengestellt.
- (2) Die für den Schwarzstart der Schwarzstartanlage erforderlichen Mitarbeiter müssen mindestens alle drei (3) Jahre an einem gemeinsamen Simulatortraining mit dem ÜNB teilnehmen.
- (3) Die Koordination des Teilnahmetermins erfolgt rechtzeitig durch den ÜNB und wird mit dem Anlagenbetreiber abgestimmt bzw. diesem mitgeteilt.
- (4) Zur Durchführung des Schwarzstarts der Schwarzstartanlage stellt der Anlagenbetreiber seinem Betriebspersonal während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) aktuelle schriftliche Anweisungen, Checklisten und andere notwendige Dokumente zur Verfügung.

§ 10 Informationsaustausch

- (1) Die Vertragspartner benennen in Anhang 6 Ansprechpartner, die an der Umsetzung des vorliegenden Vertrags beteiligt sind.

- (2) Der ÜNB und der Anlagenbetreiber tauschen alle relevanten, die Schwarzstartanlage betreffenden Daten und Unterlagen aus, die für die Erstellung und Pflege des Netzwiederaufbauplans notwendig sind. Dies umfasst auch detaillierte technische Anlagendaten sowie Anlagenmodelle, die es dem ÜNB ermöglichen, dynamische Netzsimulationen durchzuführen.
- (3) Der Anlagenbetreiber stellt dem vom ÜNB benannten Dienstleister zur Durchführung der simulatorbasierten Trainings alle dafür erforderlichen Daten seiner Schwarzstartanlage zur Verfügung.

§ 11 Vergütung und Abrechnung

- (1) Der ÜNB zahlt für die Leistungen des Anlagenbetreibers eine Vergütung in Höhe von [Vergütung in Höhe des Preises des bezuschlagten Gebots abzgl. Anteil Opportunitätskosten, sofern im Gebot separat ausgewiesen] € pro Vertragsjahr. Mit der Vergütung sind alle vertraglich geschuldeten Leistungen aus diesem Vertrag mit Ausnahme [sofern bezuschlagtes Gebot separat ausgewiesene Opportunitätskosten enthielt der Opportunitätskosten gemäß Abs. (2) und] der ggf. gesondert vom ÜNB an den Anlagenbetreiber zu leistenden Entschädigungen gemäß § 6 Abs. (4) und § 6 Abs. (5) vollständig abgegolten. Dies gilt auch in Bezug auf sämtliche Kosten oder entgangene Erlösmöglichkeiten (Opportunitätskosten), die dem Anlagenbetreiber aus der Durchführung der Überprüfungen der Schwarzstartfähigkeit und Inselbetriebsfähigkeit gemäß § 7 sowie der Durchführung von Betriebsversuchen gemäß § 8 entstehen. Sollte der ÜNB die Durchführung zusätzlicher Überprüfungen der Schwarzstartfähigkeit und Inselbetriebsfähigkeit bzw. zusätzlicher Betriebsversuche verlangen, die über das in § 7 bzw. § 8 genannte Maß hinausgehen, so kann der Anlagenbetreiber hierfür eine angemessene Vergütung verlangen, sofern hierfür entstandene Kosten oder entgangene Erlösmöglichkeiten (Opportunitätskosten) nachgewiesen werden.

[Abs. (2) nur, sofern bezuschlagtes Gebot separat ausgewiesene Opportunitätskosten enthielt]
- (2) Der ÜNB zahlt zusätzlich zum Entgelt gemäß Abs. (1) pro Vertragsjahr eine Vergütung für Opportunitätskosten. Diese entschädigt den Anlagenbetreiber dafür, dass die Schwarzstartanlage durch die Vorhaltung der Mindestmenge an Primärenergie gemäß § 4 Abs. (8) nur eingeschränkt marktlich agieren kann. Der Anlagenbetreiber hat im Rahmen des diesem Vertrag vorangegangenen Beschaffungsverfahrens hinsichtlich der Vergütung für Opportunitätskosten einen Betrag in Höhe von [Vergütung in Höhe der gemäß Gebot ausgewiesenen Opportunitätskosten] € für das Kalenderjahr 2025 angegeben. Dieser Betrag wird zur Bestimmung der Vergütungshöhe für Opportunitätskosten während des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) durch den ÜNB für jedes Vertragsjahr anhand der Regelungen in Anhang 7 angepasst.
- (3) Der Anlagenbetreiber ist darüber hinaus berechtigt, für die im Rahmen eines Netzwiederaufbaus auf Anforderung des ÜNB gelieferten Arbeitsmengen eine angemessene Vergütung zu verlangen, sofern hierfür entstandene Kosten nachgewiesen werden und nicht bereits über die Vergütung gem. Abs. (1) [sofern bezuschlagtes Gebot separat ausgewiesene Opportunitätskosten enthielt bis Abs. (2)] abgedeckt sind. Der Anlagenbetreiber ermittelt diese

Vergütung auf Basis der bei ihm entstandenen Kosten auf Grundlage von § 7 Abs. 3 der Bestimmungen für die Aussetzung und Wiederaufnahme von Marktaktivitäten und die Bestimmungen für die Abrechnung im Falle einer Aussetzung von Marktaktivitäten gemäß Artikel 36 Abs. 1 und Artikel 39 Abs. 1 i.V.m. Artikel 4 Abs. 2 e und f der Verordnung (EU) 2017/2196 der Kommission vom 24. November 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über den Notzustand und den Netzwiederaufbau des Übertragungsnetzes (Beschluss der Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur vom 04.08.2020 (Az. BK6-18-289)) in Verbindung mit § 13a Abs. 2 EnWG.

- (4) Der ÜNB stellt zugunsten des Anlagenbetreibers monatlich, innerhalb von 15 Arbeitstagen nach Ablauf eines Monats jeweils für den vorangegangenen Kalendermonat, zu je 1/12 Gutschriften als Abschlagszahlungen auf die jährliche Vergütung gemäß § 11 Abs. (1) [sofern bezuschlagtes Gebot separat ausgewiesene Opportunitätskosten enthielt und Abs. (2)] aus. [sofern bezuschlagtes Gebot separat ausgewiesene Opportunitätskosten enthielt] Die Höhe der Abschlagszahlungen auf die Vergütung gemäß § 11 Abs. (2) richtet sich stets nach derjenigen Vergütung, welche für das vorangegangene Vertragsjahr bestimmt wurde. Zur Bestimmung der Höhe der Abschlagszahlungen im ersten Vertragsjahr werden die Regelungen aus Anhang 7 hilfsweise auf die zwölf Monate vor Beginn des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) angewendet. Bis spätestens vier Monate nach Ende eines jeden Vertragsjahres wird der ÜNB die Differenz zwischen den Abschlagszahlungen und der entsprechend den Regelungen in Anhang 7 nach Ablauf des Vertragsjahrs bestimmten Vergütung für Opportunitätskosten je Vertragsjahr in Rechnung stellen bzw. hierüber eine Gutschrift ausstellen.]
- (5) Etwaige Vergütungskürzungen aus § 12 und Vertragsstrafen aus § 13 wird der ÜNB bis spätestens vier Monate nach Ende eines jeden Vertragsjahres für das vorangegangene Vertragsjahr in Rechnung stellen.
- (6) Im Falle von etwaigen gesondert vom ÜNB an den Anlagenbetreiber zu leistenden Entschädigungen gemäß § 6 Abs. (4) und § 6 Abs. (5), Vergütungen nach Abs. (1) Satz 4 oder Vergütungen nach Abs. (3) wird der ÜNB zugunsten des Anlagenbetreibers bis spätestens vier Monate nach Ende eines jeden Vertragsjahres für das vorangegangene Vertragsjahr eine entsprechende Gutschrift erstellen. Dies gilt unter der Voraussetzung, dass der Kostennachweis des Anlagenbetreibers dem ÜNB bis zum Ende des auf ein Vertragsjahr folgenden Kalendermonats für das vorangegangene Vertragsjahr vorliegt. Später vorliegende Kostennachweise verschieben die Fristen entsprechend.
- (7) Zahlungen werden 10 Arbeitstage nach Eingang der Gutschriften bzw. Rechnungen beim Vertragspartner fällig. Als Arbeitstage gelten in diesem Vertrag die Wochentage Montag bis Freitag, sofern diese nicht bundesweit einheitlich geltende Feiertage der Bundesrepublik Deutschland sind.
- (8) Die Zahlungen erfolgen stets unter dem Vorbehalt einer Berichtigung, falls sich nachträglich Beanstandungen ergeben sollten. Die vorstehend beschriebenen Beträge sind Nettopreise. Sie enthalten keine Steuern und Abgaben. Steuern und Abgaben sind zusätzlich auszuweisen und nach den gesetzlichen Regeln zu entrichten.

- (9) Die KWEP-Daten der Schwarzstartanlage werden zur Abrechnung der Dienstleistung Schwarzstartfähigkeit herangezogen.

§ 12 Vergütungskürzungen

- (1) Falls die geforderte Verfügbarkeit der Schwarzstartanlage gemäß § 6 Abs. (1) durch in § 6 Abs. (2) definierte Nichtverfügbarkeiten in einem Vertragsjahr unterschritten wird, wird die jährliche Vergütung gemäß § 11 Abs. (1) für jeden angefangenen Prozentpunkt der Nichtverfügbarkeit je Vertragsjahr um 1 % gekürzt. Eine Kürzung der Vergütung erfolgt hingegen nicht, wenn die Nichtverfügbarkeit der Schwarzstartanlage in einer Störung von Betriebsmitteln seitens des Anschlussnetzbetreibers begründet ist.
- (2) [Abs. (2) nur, sofern bezuschlagtes Gebot separat ausgewiesene Opportunitätskosten enthielt] Darüber hinaus wird auch die jährliche Vergütung gemäß § 11 Abs. (2) zeitanteilig (viertelstundenscharf) in dem Umfang gekürzt, wie die Schwarzstartanlage je Vertragsjahr gemäß § 6 nicht verfügbar ist und währenddessen aufgrund von Nichtverfügbarkeiten der gemäß Anhang 1 Ziffer 1.1 kontrahierten Einheit(en) auch nicht (zumindest mit Teilen der Schwarzstartanlage) am Strommarkt teilnehmen kann. Eine zeitanteilige (viertelstundenscharfe) Kürzung der Vergütung gemäß § 11 Abs. (2) erfolgt auch dann, wenn der ÜNB gemäß § 4 Abs. (8) Satz 5 während der Nichtverfügbarkeit auf die Bevorratung einer Mindestmenge an Primärenergie ausdrücklich verzichtet. Eine Kürzung der Vergütung nach Satz 1 erfolgt hingegen nicht, sofern der Anlagenbetreiber nach den Regelungen aus § 4 Abs. (8) Satz 5 während einer Nichtverfügbarkeit der Schwarzstartanlage gemäß § 6 weiterhin (zumindest mit Teilen der Schwarzstartanlage) am Strommarkt teilnehmen kann und zur Vorhaltung der Mindestmenge an Primärenergie verpflichtet ist (der ÜNB also nicht ausdrücklich auf die Bevorratung einer Mindestmenge an Primärenergie verzichtet).

§ 13 Vertragsstrafen

- (1) Falls die geforderte Verfügbarkeit der Schwarzstartanlage gemäß § 6 Abs. (1) durch in § 6 Abs. (2) definierte Nichtverfügbarkeiten in einem Vertragsjahr um mehr als 15 Prozentpunkte unterschritten wird, wird zusätzlich zur Vergütungskürzung gemäß § 12 Abs. (1) für jeden angefangenen Prozentpunkt der Nichtverfügbarkeit je Vertragsjahr, die über 15 Prozentpunkte hinausgeht, eine Vertragsstrafe in Höhe von 7,5 % der jährlichen Vergütung gemäß § 11 Abs. (1) fällig.
- (2) Falls die geforderte Verfügbarkeit der Schwarzstartanlage gemäß § 6 Abs. (1) durch in § 6 Abs. (2) definierte Nichtverfügbarkeiten in einem Vertragsjahr um mehr als 25 Prozentpunkte unterschritten wird, wird zusätzlich zur Vergütungskürzung gemäß § 12 Abs. (1) und zusätzlich zur Vertragsstrafe gemäß Abs. (1) für jeden angefangenen Prozentpunkt der Nichtverfügbarkeit je Vertragsjahr, die über 25 Prozentpunkte hinausgeht, eine Vertragsstrafe in Höhe von 11,5 % der jährlichen Vergütung gemäß § 11 Abs. (1) fällig.
- (3) [Abs. (3) nur, sofern bezuschlagtes Gebot separat ausgewiesene Opportunitätskosten enthielt] Im Falle eines Verstoßes gegen die Pflicht zur Bevorratung der Mindestmenge an

Primärenergie gemäß § 4 Abs. (8) gelten zusätzlich zur Vergütungskürzung gemäß § 12 Abs. (2) die nachfolgenden Regelungen:

- a) für jeden Kalendertag, an dem ein geringfügiger Verstoß gegen § 4 Abs. (8) in Form einer Unterschreitung der Mindestmenge an Primärenergie von bis zu 5 % auftritt, wird eine Vertragsstrafe in Höhe von 1/365 der jährlichen Vergütung gemäß § 11 Abs. (2) fällig oder
 - b) für jeden Kalendertag, an dem eine Unterschreitung der Mindestmenge an Primärenergie um mehr als 5 % oder für mehr als zwei Viertelstunden (jedoch zugleich um mehr als 2,5 % der Mindestmenge an Primärenergie) auftritt, wird eine Vertragsstrafe in Höhe von 10 % der jährlichen Vergütung gemäß § 11 Abs. (2) fällig oder
 - c) für jeden Kalendertag, an dem eine Unterschreitung der Mindestmenge an Primärenergie um mehr als 10 % oder für mehr als vier Viertelstunden (jedoch zugleich um mehr als 5 % der Mindestmenge an Primärenergie) auftritt, wird eine Vertragsstrafe in Höhe von 25 % der jährlichen Vergütung gemäß § 11 Abs. (2) fällig.
- (4) Die Summe aus den Vergütungskürzungen nach § 12 Abs. (1) und den Vertragsstrafen nach Abs. (1) und Abs. (2) ist pro Vertragsjahr auf das Doppelte des jährlichen Vergütungsanspruchs gemäß § 11 Abs. (1) begrenzt. [Sofern bezuschlagtes Gebot separat ausgewiesene Opportunitätskosten enthielt Die Summe aus den Vergütungskürzungen nach § 12 Abs. (2) und den Vertragsstrafen nach Abs. (3) ist pro Vertragsjahr auf das Doppelte des jährlichen Vergütungsanspruch gemäß § 11 Abs. (2) begrenzt.] Ein Anspruch auf Vertragsstrafe besteht nicht, wenn der Anlagenbetreiber die Gründe für die Nichtverfügbarkeit nicht zu vertreten hat.
- (5) Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt. Alle Vertragsstrafen werden jedoch auf Schadensersatzansprüche angerechnet.

§ 14 Sicherheitsleistung und Mindestrating

Art und Umfang der Sicherheit

- (1) Zur Absicherung der Ansprüche des ÜNB (insb. gemäß § 12 und gemäß § 13) leistet der Anlagenbetreiber spätestens sechs Wochen nach Zuschlagserteilung eine Sicherheit in Höhe von 10 Prozent der Höhe der Jahresvergütung gemäß § 11 Abs. (1) [sofern bezuschlagtes Gebot separat ausgewiesene Opportunitätskosten enthielt zuzüglich 10 Prozent des im Rahmen des diesem Vertrag vorangegangenen Beschaffungsverfahrens hinsichtlich der Vergütung für Opportunitätskosten durch den Anlagenbetreiber angegebenen Betrags in Höhe von [Vergütung in Höhe der gemäß Gebot ausgewiesenen Opportunitätskosten] € für das Kalenderjahr 2025, jeweils] multipliziert mit der Anzahl der vollständigen Vertragsjahre.
- (2) Die Sicherheit ist durch eine unwiderrufliche, unkündbare, unbedingte und bis 1 Jahr nach Ende des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) befristete selbstschuldnerische Bürgschaft unter Verzicht auf die Einreden der Aufrechenbarkeit, es sei denn die Forderungen sind unbestritten, entscheidungsreif oder rechtskräftig festgestellt, und Anfechtbarkeit nach § 770 BGB sowie unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage nach § 771 BGB zugunsten des ÜNB zu leisten. Der Verzicht auf den Ausschluss der Einrede der Aufrechenbarkeit muss nicht

den Fall umfassen, dass die Gegenforderung des Anlagenbetreibers unbestritten, entscheidungsreif oder rechtskräftig festgestellt ist.

- (3) Die Sicherheit ist geleistet, wenn dem ÜNB eine Bürgschaftserklärung gemäß dem in Anhang 8 vorgegebenen Formular ("Bürgschaft") ausgehändigt worden ist. Der ÜNB wird den Anlagenbetreiber darüber informieren.

Anforderungen an die Sicherheit

- (4) Der Bürge muss eine Person mit Sitz in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union sein, die
- a) nach § 32 des Kreditwesengesetzes in der jeweils geltenden Fassung oder nach dem Recht eines Mitgliedstaates der Europäischen Union eine Erlaubnis hat, Bankgeschäfte zu betreiben oder ohne Erlaubnis das Recht hat, Bankgeschäfte in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union zu betreiben oder
 - b) nach § 8 Absatz 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung oder nach dem Recht eines Mitgliedstaates der Europäischen Union eine Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb als Versicherungsunternehmen hat oder ohne Erlaubnis das Recht zum Geschäftsbetrieb als Versicherungsunternehmen in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union hat, und
 - c) von mindestens einer der Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's oder Fitch bewertet ist und zum Zeitpunkt der Stellung der Sicherheit wie folgt oder besser bewertet ist. Sollten für den Bürgen mehrere langfristige Ratings vorhanden sein, wird auf das schlechteste langfristige Rating abgestellt.

Ratingagentur	Langfristiges Emittentenrating (Issuer Rating)
Standard & Poors	BBB+
Moody's	Baa1
Fitch	BBB+

Ersatz der Sicherheit

- (5) Bei Verschlechterung des Ratings vor Ende des Erbringungszeitraums gemäß § 17 Abs. (2) muss der Anlagenbetreiber die Bürgschaft binnen 30 Kalendertagen austauschen, damit die Ratinganforderungen (wieder) erfüllt sind. Der ÜNB händigt dem bisherigen Sicherungsgeber dessen Bürgschaftsurkunde unverzüglich nach Stellung einer Abs. (1) bis Abs. (4) entsprechenden neuen Sicherheit aus.
- (6) Wird der Ersatz der Sicherheit nicht innerhalb eines Monats nach Aufforderung des ÜNB geleistet, darf der ÜNB ab diesem Zeitpunkt Vergütungen nach § 11 zurückbehalten, bis eine den Anforderungen gemäß Abs. (1) bis Abs. (4) entsprechende Sicherheit geleistet wird.

Inanspruchnahme und Rückgabe der Sicherheit

- (7) Wenn der Anlagenbetreiber einen Anspruch des ÜNB (insbesondere Forderungen gemäß § 12 bzw. gemäß § 13) nicht vor Ablauf des zweiten Kalendermonats nach Fälligkeit erfüllt hat, darf sich der ÜNB aus den Sicherheiten befriedigen.
- (8) Hat sich der ÜNB aus den Sicherheiten befriedigt, darf er die Vergütungen gemäß § 11 so lange zurückbehalten, bis der Anlagenbetreiber erneut Sicherheit dergestalt geleistet hat, dass sie in Art, Form und Umfang der ursprünglich geleisteten Sicherheit entspricht.
- (9) Der ÜNB gibt die Sicherheit zurück, wenn dieser Vertrag beendet ist und der ÜNB keine Forderungen gegen den Anlagenbetreiber aufgrund dieses Vertrages hat.

§ 15 Höhere Gewalt

- (1) Solange die Vertragspartner durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung Ihnen nicht möglich oder nicht zumutbar ist, an der Erfüllung ihrer jeweiligen Verpflichtungen aus diesem Vertrag gehindert sind, so ruhen die vertraglichen Verpflichtungen in entsprechendem Umfang bis zur Beseitigung der störenden Ursache und ihrer Folgen. Höhere Gewalt ist ein außergewöhnliches, betriebsfremdes, von außen durch elementare Naturkräfte oder Handlungen dritter Personen herbeigeführtes Ereignis, das nach menschlicher Einsicht und Erfahrung nicht vorhersehbar ist und mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln auch durch die äußerste, vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht verhütet oder unschädlich gemacht werden kann.
- (2) Die Vertragspartner wirken bei der Behebung von Fehlern und Störungen nach Möglichkeit zusammen.
- (3) Die Vertragspartner werden sich gegenseitig unverzüglich ab Kenntnis über den Eintritt und den Wegfall der das Leistungshindernis nach dieser Ziffer begründenden Umstände informieren und der betroffene Vertragspartner wird mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln dafür sorgen, dass er seinen Verpflichtungen aus diesem Vertrag so bald wie möglich wieder nachkommt.

§ 16 Haftung

- (1) Die Vertragspartner haften einander für Sach- und Vermögensschäden, die aus einer schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten herrühren. Die Haftung ist im Fall leicht fahrlässigen Verschuldens auf vertragstypische, vorhersehbare Schäden begrenzt. Im Fall der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten haften die Vertragspartner einander nur für vorsätzliches und grob fahrlässiges Handeln.
 - a) Unter wesentlichen Vertragspflichten werden hier die Verpflichtungen verstanden, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf (sog. Kardinalpflichten).
-

- b) Vertragstypische, vorhersehbare Schäden sind solche, die der Vertragspartner bei Vertragsschluss als mögliche Folge einer Vertragsverletzung vorausgesehen hat oder unter Berücksichtigung der Umstände, die ihm bekannt waren oder die er hätte kennen müssen, bei Anwendung der verkehrsüblichen Sorgfalt hätte voraussehen müssen.
- (2) Die Vertragspartner haften einander für Schäden aus der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Eine Haftung der Vertragspartner nach zwingenden Vorschriften des Haftpflichtgesetzes und anderen Rechtsvorschriften bleibt unberührt.
- (4) Die Absätze (1) bis (3) gelten auch zugunsten der gesetzlichen Vertreter, Arbeitnehmer sowie der Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen der Vertragspartner, soweit diese für den jeweiligen Vertragspartner Anwendung finden.
- (5) Die Vertragspartner sind sich über ihre Pflicht zur Schadensminderung im Falle von drohenden oder eingetretenen Schäden einig. Sie verpflichten sich, eventuelle aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag entstehende Schäden so gering wie möglich zu halten.

§ 17 Vertragslaufzeit

- (1) Die Vertragslaufzeit beginnt am xx.xx.2027 (Erteilung des Zuschlags) und endet mit dem Ende des Erbringungszeitraums gemäß Abs. (2).
- (2) Der Erbringungszeitraum beginnt am 01.07.2030 um 00:00 Uhr und endet am 30.06.2035 um 24:00 Uhr.
- (3) Eine ordentliche Kündigung ist ausgeschlossen. Eine außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund nach § 313 Abs. 3 BGB oder § 314 BGB bleibt hiervon unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn das Änderungsverlangen gemäß § 19 erfolglos bleibt.

§ 18 Vertraulichkeit und Datenschutz

- (1) Die Vertragspartner werden insbesondere unter Beachtung von §§ 6a und 12 EnWG die im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses erhaltenen Daten auch bis zu drei Jahre nach Vertragsende vertraulich behandeln und sie Dritten nicht zugänglich machen. Die Datenweitergabe an Dritte ist nur nach vorheriger Zustimmung des anderen Vertragspartners zulässig. Die Zustimmung darf nicht grundlos verweigert werden.
- (2) Absatz (1) gilt nicht, soweit Daten aufgrund geltender gesetzlicher Bestimmungen oder behördlicher Anordnungen zu veröffentlichen oder an Behörden, Gerichte oder an sonstige öffentliche Stellen herauszugeben sind. Unabhängig vom Vorliegen der Voraussetzungen des Satzes 1 sind die Vertragspartner berechtigt, den Vertrag an die Bundesnetzagentur weiterzugeben.
- (3) Der Anlagenbetreiber hat insbesondere die besonders sensiblen Informationen bzgl. kritischer Infrastruktur und Netzwiederaufbau streng vertraulich zu behandeln und die Informationen nur

denjenigen Mitarbeitern zugänglich zu machen, die diese Informationen zur Erfüllung der Pflichten aus diesem Vertrag benötigen. Insbesondere ist die Kontrahierung als Schwarzstartanlage durch den ÜNB seitens des Anlagenbetreibers als besonders sensible Information im Sinne des Satzes 1 zu behandeln und nicht öffentlich zu machen.

- (4) Im Übrigen sind die Vertragspartner zur Weitergabe von Daten an Dritte berechtigt, soweit dies zur Abwicklung des Vertrages erforderlich ist und diese sich ihrerseits entsprechenden Vertraulichkeitsbestimmungen unterworfen haben. So ist der ÜNB bspw. berechtigt, detaillierte technische Anlagendaten an Dritte weiterzugeben, um Simulationen, Analysen und Auswertungen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Netzwiederaufbaupläne durchzuführen.
- (5) Die Vertragspartner verpflichten sich, personenbezogene Daten des jeweils anderen Vertragspartners, welche im Rahmen der Geschäftsbeziehung bekannt werden, ausschließlich im Einklang mit den geltenden Datenschutzvorschriften zu verarbeiten, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 (die Datenschutz-Grundverordnung „DSGVO“) und dem deutschen Bundesdatenschutzgesetz, jeweils in der geltenden Fassung.

§ 19 Änderungsrecht

Diesem Vertrag liegen die wirtschaftlichen, rechtlichen und wettbewerblichen Verhältnisse zum Zeitpunkt seines Abschlusses zu Grunde. Ändern sich diese Verhältnisse durch gesetzliche Vorgaben oder rechtsverbindliche Vorgaben nationaler oder internationaler Gerichte oder Behörden, insbesondere Festlegungen der Bundesnetzagentur, beispielsweise zu den vertraglichen Modalitäten, oder der allgemein anerkannten Regeln der Technik während der Vertragslaufzeit wesentlich, so sind die Vertragspartner berechtigt, eine Anpassung des Vertrages zu verlangen. Ein Änderungsrecht gem. § 313 Abs. 1, Abs. 2 BGB bleibt hiervon unberührt.

Änderungen der gemäß Anhang 6 benannten Kontaktdaten eines Vertragspartners sind dem anderen Vertragspartner unverzüglich mittels eines geänderten Anhangs mitzuteilen.

§ 20 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkung der Zielsetzung am nächsten kommt, die die Vertragspartner mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

§ 21 Schriftformklausel

Änderungen, Ergänzungen oder die Aufhebung dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für Änderungen dieser Schriftformklausel.

§ 22 Gerichtsstand

- (1) Für Rechtsstreitigkeiten aus und in Zusammenhang mit diesem Vertrag gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.
- (2) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar ergebenden Streitigkeiten zwischen den Vertragspartnern ist der Geschäftssitz des ÜNB.

§ 23 Vertragsbestandteile

Die im Folgenden aufgelisteten Anhänge sind integraler Bestandteil dieses Vertrages. Bei Widersprüchen zwischen einem Anhang und diesem Vertrag geht der Inhalt des Vertrags vor.

- Schwarzstartanlage und technische Anforderungen (**Anhang 1**)
- Anhang 2 entfällt
- Überprüfung der Schwarzstartfähigkeit und Inselbetriebsfähigkeit (**Anhang 3**)
- Betriebsversuche (**Anhang 4**)
- Schulung des Betriebspersonals (**Anhang 5**)
- Kontaktdaten (**Anhang 6**)
- [optional, sofern bezuschlagtes Gebot separat ausgewiesene Opportunitätskosten enthielt]
Anpassung der Vergütungshöhe für Opportunitätskosten (**Anhang 7**) [oder: „Anhang 7 entfällt“]
- Bürgschaft (**Anhang 8**)

Unterzeichnet durch die ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter der Vertragspartner zum unten jeweils angegebenen Datum.

Für den Anlagenbetreiber:

Für den ÜNB:

_____, den _____

_____, den _____

(Anlagenbetreiber)

(TransnetBW GmbH)
